



Sächsisches Amtsblatt

Amtlicher Anzeiger Nr. 51/2023

21. Dezember 2023

Inhaltsverzeichnis

Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen

Bekanntmachung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal (ZAOE) zur Auslegung des Beteiligungsberichtes für das Berichtsjahr 2022 vom 30. November 2023.....	A 918
Bekanntmachung der Abfallgebührensatzung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal (ZAOE) vom 27. September 2023	A 919
Bekanntmachung der Abfallgebührensatzung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal (ZAOE) vom 29. November 2023.....	A 920
Allgemeine Geschäftsbedingungen des Zweckverbandes Studieninstitut für kommunale Verwaltung Südsachsen in der Fassung vom 29. November 2023	A 929

Bekanntmachung des Regionalen Planungsverbandes Oberlausitz-Niederschlesien über die Feststellung des Jahresabschlusses 2020 vom 6. Dezember 2023	A 932
Bekanntmachung Feststellung der Haushaltssatzung zum Wirtschaftsplan für den Abwasserzweckverband „Wilde Sau“ für das Jahr 2024 vom 5. Dezember 2023.....	A 933
Beitragsordnung des Studentenwerkes Leipzig vom 13. Dezember 2023.....	A 934

Gerichte

Aufgebotsverfahren.....	A 935
-------------------------	-------

Stellenausschreibungen

Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen
Bekanntmachung
des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal (ZAOE)
zur Auslegung des Beteiligungsberichtes für das Berichtsjahr 2022

Vom 30. November 2023

Auf der Grundlage des § 99 der Sächsischen Gemeindeordnung wurde der Beteiligungsbericht des ZAOE für das Berichtsjahr 2022 erstellt. Die Verbandversammlung nahm den Bericht in ihrer öffentlichen Sitzung am 29. November 2023 zur Kenntnis.

Der Beteiligungsbericht wird gemäß § 99 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung

in der Zeit vom 2. Januar 2024–10. Januar 2024
in der Geschäftsstelle des ZAOE,
Meißner Straße 151a/153
in 01445 Radebeul

zur Einsicht durch Jedermann während der üblichen Sprechzeiten öffentlich ausgelegt. Der Beteiligungsbericht steht gleichzeitig auf der Internetseite des Zweckverbandes unter www.zaoe.de zur Einsichtnahme zur Verfügung.

Radebeul, den 30. November 2023

Zweckverband Abfallwirtschaft Oberes Elbtal
Michael Geisler
Landrat und Verbandsvorsitzender

**Bekanntmachung
der Abfallgebührensatzung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft
Oberes Elbtal (ZAOE) vom 27. September 2023**

Vom 29. November 2023

Die Neufassung der Abfallgebührensatzung vom 27. September 2023 mit Bekanntmachung im Sächsischen Amtsblatt vom 26. Oktober 2023 tritt nicht in Kraft. Aufgrund von redaktionellen Änderungen wurde die Neufassung der Abfallgebührensatzung des ZAOE in der Verbandsversammlung am 29. November 2023 ersetzend beschlossen.

Radebeul, den 29. November 2023

Zweckverband Abfallwirtschaft Oberes Elbtal (ZAOE)
Michael Geisler
Landrat und Verbandsvorsitzender

Bekanntmachung der Abfallgebührensatzung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal (ZAOE)

Vom 29. November 2023

Aufgrund von

- §§ 3, 9, 12 und 66 der Sächsischen Landkreisordnung (SächsLKrO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 99), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist,
- §§ 2 und 9 des Sächsischen Kreislaufwirtschafts- und Bodenschutzgesetzes (SächsKrWBodSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 2019 (SächsGVBl. S. 187),
- §§ 1, 2, 4 und 9 bis 16 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (SächsKAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 116), das durch Artikel 2 Absatz 17 des Gesetzes vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245) geändert worden ist,
- der Verbandsatzung des ZAOE vom 10. Dezember 2014 (SächsABl. 2015 S. 592) in der Fassung der 4. Änderungsatzung vom 24. März 2021 (SächsABl. 886), genehmigt mit Bescheid vom 24. Juni 2021 und
- § 43 der Abfallwirtschaftssatzung des ZAOE vom 29. November 2022 i. V. m. Beschluss(-vorlage) VV 8/23 „Neufassung der Abfallwirtschaftssatzung des ZAOE“ der Verbandsversammlung am 27. September 2023

hat die Verbandsversammlung des ZAOE in ihrer Sitzung am 29. November 2023 folgende Neufassung der Abfallgebührensatzung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal (ZAOE) beschlossen:

Teil 1

Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Geltungsbereich/Grundsatz

(1) Diese Abfallgebührensatzung gilt für das Verbandsgebiet des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal (ZAOE).

(2) Der ZAOE erhebt für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung der Abfallentsorgung nach dem Prinzip der Kostendeckung Abfallentsorgungsgebühren nach Maßgabe dieser Satzung.

Teil 2

Private Haushalte (Einsammeln und Befördern)

Abschnitt I

Allgemeine Bestimmungen

§ 2

Gebührensschuldner

(1) Gebührensschuldner für die Abfallentsorgungsgebühren ist der Eigentümer des an die Abfallentsorgung angeschlossenen Grundstücks (nachfolgend Grundstückseigentümer).

(2) Ist ein Erbbauberechtigter oder ein Nießbraucher im Sinne des Grundbuchs vorhanden, kann dieser Gebührensschuldner sein.

(3) Tritt an die Stelle eines Grundstückseigentümers eine Gemeinschaft von Wohnungseigentümern im Sinne des Wohnungseigentumsgesetzes, wird die Gebühr einheitlich gegenüber der Wohnungseigentümergeinschaft festgesetzt. Der ZAOE kann die Gebühren in Teilgebührenbescheiden festsetzen, sofern und soweit die tatsächliche Situation vor Ort einer solchen bei selbstständigen Grundstücken entspricht. Dies gilt insbesondere, wenn die Wohnung bzw. das Sondereigentum in vollständig voneinander unabhängigen getrennten Gebäuden oder vollständig voneinander unabhängigen und getrennten Hauseingängen liegen. Ist von der Wohnungseigentümergeinschaft ein Verwalter bestellt, wird der Gebührenbescheid an den Verwalter bekanntgegeben. In den sonstigen Fällen (verwalterlos) wird der Gebührenbescheid nach Ermessen zu Händen an einen Miteigentümer der Wohnungseigentümergeinschaft als Bekanntgabeadressat zugestellt.

(4) Nutzen mehrere Grundstückseigentümer einen Abfallbehälter ist § 25 Absatz 2 der Abfallwirtschaftssatzung zu beachten. Der Zusammenschluss zu dieser Abfallgemeinschaft ist beim ZAOE gemeinsam zu beantragen. Die Grundstückseigentümer erklären in ihrem Antrag wer Adressat der Festsetzung der Abfallgebühren und Empfangsbevollmächtigter des Gebührenbescheides sein soll.

(5) Gebührenschuldner der Festgebühr, der Behältergebühr und der Entleerungsgebühr für Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushalten gemäß § 6 dieser Satzung, der Servicegebühr „Behälterzubehör“ gemäß § 12 Absatz 2 dieser Satzung sowie der Behälterwechselgebühr gemäß § 12 Absatz 3 dieser Satzung ist grundsätzlich der Eigentümer des Grundstücks. Abweichend davon kann:

- der Inhaber des Betriebes oder der Träger der Einrichtung, in dessen Betrieb oder Einrichtung die Abfälle anfallen,
 - der Abfallbesitzer und -erzeuger,
 - im Falle der Entsorgung von Abfällen aus Kleingärten, die Kleingartenorganisation, sofern diese rechtsfähig und Zwischenpächter im Sinne des § 4 Absatz 2 Bundeskleingartengesetz ist,
 - im Falle der Entsorgung von Abfällen von Erholungs- und Gartengrundstücken außerhalb von Kleingartenanlagen der Mieter oder Pächter oder der auf Grund eines ähnlichen Rechtsverhältnisses zur Nutzung des Grundstücks Berechtigte
- Gebührensschuldner sein.

(6) Bei der Nutzung befristet angemeldeter Abfallbehälter gemäß § 29 Absatz 1 der Abfallwirtschaftssatzung des ZAOE und § 4 Absatz 5 dieser Satzung ist der jeweilige Antragsteller Gebührensschuldner.

(7) Gebührensschuldner der Gebühr für Leistungen zur Abholung von Sperrmüll oder Elektroaltgeräten vom Grundstück gemäß § 35 Absatz 3 der Abfallwirtschaftssatzung des ZAOE und § 12 Absatz 1 dieser Satzung (Servicegebühr „Abholung vom Grundstück“) ist derjenige, der die Abholung vom Grundstück in Auftrag gegeben hat.

(8) Bei der Selbstanlieferung von Abfällen in einer Abfallentsorgungsanlage oder an einer vom ZAOE bekanntge-

gebenen Sammelstelle ist der Anlieferer der Abfälle Gebührenschuldner.

(9) Für die bei Verwendung von zugelassenen Restabfallsäcken zu entrichtende Gebühr und die bei der Verwendung von Säcken für die Anlieferung von Asbestabfällen (Asbestsäcke) zu entrichtende Pfandgebühr ist jeweils der Erwerber der Säcke Gebührenschuldner.

(10) Gebührenschuldner ist auch der, dessen unzulässig behandelte, gelagerte oder abgelagerte Abfälle durch den ZAOE entsorgt werden.

(11) Mehrere Gebührenschuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 3

Auskunfts- und Mitteilungspflichten

(1) Gebührenschuldner und ihre Beauftragten sowie die für die Gebührenschuld Haftenden sind verpflichtet, Auskünfte und Erklärungen über alle für die Gebührenerhebung maßgeblichen Umstände in der geforderten Form abzugeben.

(2) Änderungen der Personenzahl, die während eines Kalenderjahres eintreten, sind durch den Gebührenschuldner unverzüglich mitzuteilen und auf Verlangen nachzuweisen.

(3) Sofern die für die Gebührenerhebung erforderlichen Angaben nicht oder nur unzureichend gemacht werden, nimmt der ZAOE die Gebührenveranlagung auf der Grundlage der ihm vorliegenden Daten vor.

(4) Im Falle dessen, dass der ZAOE selbst tätig werden muss, werden die entstandenen Kosten und Aufwendungen den Verpflichteten im Sinne des Absatz 1 entsprechend der Verwaltungskostensatzung des ZAOE gegenüber festgesetzt.

§ 4

Entstehen der Gebührenpflicht

(1) Die Gebührenpflicht für die Festgebühr, die Behältergebühr, die Mindestentleerungsgebühr und die Servicegebühr „Behälterzubehör“ entsteht mit der Bereitstellung des Abfallbehälters auf dem anzuschließenden Grundstück durch den ZAOE oder dessen Beauftragte und beginnt mit dem Monatsersten, der auf die Bereitstellung des Behälters folgt. Danach entsteht die Gebührenpflicht mit Beginn eines jeden folgenden Kalenderjahres (Erhebungszeitraum).

(2) Wird ein Grundstück im Laufe eines Kalenderjahres an die Abfallentsorgung angeschlossen, gilt Absatz 1 entsprechend. Gleiches gilt, wenn das Grundstück zwangsweise an die Abfallentsorgung angeschlossen wird. In diesem Fall wird für jeden vollen Kalendermonat, für den die Gebührenpflicht besteht, ein Zwölftel der Festgebühr, der Behältergebühr und der Servicegebühr „Behälterzubehör“ berechnet.

(3) Für die Entleerungsgebühr entsteht die Gebührenpflicht mit jeder in Anspruch genommenen Entleerung eines Behälters.

(4) Für die Servicegebühr „Abholung vom Grundstück“ entsteht die Gebührenpflicht mit jeder Inanspruchnahme von Leistungen zur Abholung von Abfällen vom Grundstück.

(5) Die Gebührenpflicht für die Servicegebühr „Behälterdienst“ entsteht mit Beauftragung des Antrags im ZAOE.

(6) Die Gebührenpflicht für die Nutzung befristet angemeldeter Abfallbehälter gemäß § 29 Absatz 1 der Abfallwirtschaftssatzung des ZAOE und § 4 Absatz 5 dieser Satzung entsteht mit der Bereitstellung der Behälter.

(7) Die Gebührenpflicht für die Nutzung von Abfallsäcken und Säcken für die Anlieferung von Asbestabfällen (Asbestsäcke) entsteht mit dem Erwerb der Säcke.

(8) Bei der Entsorgung rechtswidrig abgelagerter Abfälle entsteht die Gebührenpflicht mit der Entfernung der Ablagerung.

§ 5

Ende der Gebührenpflicht

(1) Wird das angeschlossene Grundstück nicht mehr bewohnt oder fällt auf dem angeschlossenen Grundstück aus sonstigen Gründen kein Abfall mehr an, endet die Gebührenpflicht mit Ablauf des jeweiligen Monats, frühestens aber mit der Abmeldung des Grundstücks nach Maßgabe der jeweils gültigen Abfallwirtschaftssatzung des ZAOE. Bei der Entleerungsgebühr endet die Gebührenpflicht mit der Abholung des Abfallbehälters und der damit verbundenen letztmaligen Entleerung (Hofkippung).

(2) Die Abmeldung des angeschlossenen Grundstücks sowie jegliche Bestandsänderungen (Größe und oder Anzahl der Behälter) hat rechtzeitig, d.h. grundsätzlich mit einer Vorlaufzeit von 14 Tagen zu erfolgen. Die Gebührenpflicht endet mit Abholung der jeweiligen oder einzelnen Behälter, je nach Auftrag, an dem Grundstück, frühestens jedoch mit dem Monatsletzten, der auf die Abholung des Behälters folgt.

Abschnitt II

Grundlagen der Bemessung (Sammlung)

§ 6

Bemessung der Festgebühr, Behältergebühr und Entleerungsgebühr

(1) Die Gebühr für die Entsorgung von Abfall aus Haushalten und anderen Herkunftsbereichen mit Abfallbehältern setzt sich aus der Festgebühr, einer Behältergebühr für Abfallbehälter und der Entleerungsgebühr zusammen.

(2) Die Festgebühr für die Entsorgung von Abfällen aus Haushalten richtet sich nach der Anzahl der zum Zeitpunkt des Entstehens der Gebührenpflicht mit Hauptwohnsitz bzw. mit alleinigem Wohnsitz auf einem Grundstück gemeldeten Personen. Ist auf einem zu Wohnzwecken genutzten Grundstück keine Person mit Hauptwohnsitz gemeldet, wird für die Berechnung der Festgebühr eine Person zu Grunde gelegt. Der Gebührenpflichtige ist anzeigepflichtig zur Anzahl der auf dem Grundstück gemeldeten Personen. Eine durch den Gebührenschuldner angezeigte Änderung der Personenzahl wird rückwirkend nur für das Kalenderjahr, in dem die Mitteilung erfolgt ist, berücksichtigt.

(3) Im Falle einer Festsetzung der Gebühren für Haushalte nach § 2 Nr. 9 b) Abfallwirtschaftssatzung des ZAOE wird die Festgebühr analog wie nachfolgend entsprechend der aus anderen Herkunftsbereichen festgelegt.

Die Festgebühr für die Entsorgung aus anderen Herkunftsbereichen wird als Anschlussgebühr pro Behälter und Kalenderjahr erhoben.

Die Festgebühr ermittelt sich aus den

- a) anteiligen Kosten für die Sammlung und den Transport sowie die Verwertung von Grünabfällen,
- b) anteiligen Kosten für Sammlung und Transport sowie Verwertung von Weihnachtsbäumen,
- c) anteiligen Kosten für die Sammlung und die Beförderung von Papier/Pappe/Kartonagen (kommunaler Anteil),
- d) Kosten für die Verwertung von Papier/Pappe/Kartonagen (kommunaler Anteil),
- e) Kosten für die Sammlung und die Beförderung von Elektroaltgeräten zu Übergabestellen gemäß Elektro- und Elektronikgerätegesetz,
- f) Kosten für die Sammlung, die Beförderung (mit mobilen Sammelfahrzeugen) und die Verwertung/Beseitigung von Schadstoffen,
- g) anteiligen Verwaltungskosten für die Durchführung der Abfallentsorgung, Öffentlichkeitsarbeit usw.,
- h) Kostenüberdeckungen im Sinne des § 10 Absatz 2 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes,
- i) Nachsorge- und Rekultivierungsaufwendungen im Sinne des § 11 Absatz 2 Ziffer 4 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes.

(4) Die Behältergebühr umfasst die Kosten für die

- a) Bereitstellung und Bewirtschaftung der Abfallbehälter,
- b) die Bewirtschaftung der Behälterlager in Gröbern und Pirna-Copitz,
- c) anteiligen Kosten für die Sammlung und Beförderung von Bioabfällen sowie Papier/Pappe/Kartonagen (kommunaler Anteil)

und bestimmt sich aus dem Fassungsvermögen der Abfallbehälter.

(5) Die Entleerungsgebühr für Restabfall aus Haushalten und anderen Herkunftsbereichen wird durch das Fassungsvermögen der Abfallbehälter und die Zahl der in Anspruch genommenen Entleerungen bestimmt.

Die Entleerungsgebühr ermittelt sich aus den

- a) anteiligen Kosten für die Sammlung, die Beförderung, die Behandlung (hier Umladen/Umschlagen) und die Verwertung/Beseitigung von Restabfällen,
- b) Kosten für die Sammlung, die Beförderung, den Umschlag und die Verwertung von Sperrmüll,
- c) Kosten der Sammlung, Beförderung und Verwertung sonstiger Abfälle bzw. Wertstoffe,
- d) anteiligen Verwaltungskosten für die Durchführung der Abfallentsorgung,
- e) Betriebskosten für die Unterhaltung der Abfallentsorgungsanlagen (Umladestationen, Wertstoffhöfe).

(6) Für die Entsorgung aus Haushalten wird zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Entsorgung und der Deckung der Festkosten für die Abfuhr der Restabfallbehälter eine Mindestentleerungsgebühr erhoben, die auf Grund eines Abfallvolumens von zwei Litern je Person und Woche berechnet wird.

(7) Für die Entsorgung aus anderen Herkunftsbereichen wird zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Entsorgung und der Deckung der Festkosten für die Abfuhr der Restabfallbehälter eine Mindestentleerungsgebühr erhoben, die aufgrund einer Leerung jedes am Grundstück bereitstehenden Restabfallbehälters im Quartal berechnet wird.

(8) Für die Entsorgung aus anderen Herkunftsbereichen gilt, dass bei Nutzung eines Restabfallbehälters in einem

Grundstück, welches sowohl zu Wohnzwecken als auch zu sonstigen Zwecken genutzt wird, neben der Gebühr für den Wohnbereich nur die Festgebühr für das Gewerbe nach Anlage 1, Ziffer 1 dieser Satzung (die Gebühr für den kleinsten Restabfallbehälter) zu entrichten ist, soweit das Behältervolumen für das Grundstück insgesamt ausreicht und dies vom Gebührenschuldner nachgewiesen wird. Die Erhebung einer Entleerungsgebühr für den gewerblichen Bereich entfällt.

(9) Die Entleerungsgebühr für Bioabfall aus Haushalten und anderen Herkunftsbereichen wird durch das Fassungsvermögen der Abfallbehälter und die Zahl der in Anspruch genommenen Entleerungen bestimmt.

Die Entleerungsgebühr ermittelt sich aus den anteiligen Kosten für die Sammlung, die Beförderung und die Verwertung von Bioabfällen.

§ 7 Gebührenfreistellung

Bei Familien mit mehr als zwei Kindern bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres (bzw. solange eine Kindergeldberechtigung besteht) entfällt für das dritte und jedes weitere Kind auf Antrag die Zahlung der Festgebühr. Das Mindestentleerungsvolumen nach § 6 Absatz 5 dieser Satzung verringert sich analog der neu anzusetzenden Personenzahl.

§ 8 Gebührensätze

(1) Die Gebührensätze ergeben sich grundsätzlich aus Anlage 1 dieser Abfallgebührensatzung.

(2) Für die Entsorgung mittels Restabfallbehältern, die gemäß § 29 Absatz 1 der Abfallwirtschaftssatzung des ZAOE für einen befristeten Zeitraum bis höchstens vier Wochen aus besonderem Anlass (Veranstaltungen, Märkte, Ortsfeste u. ä.) bereitgestellt werden, erhebt der ZAOE anstelle der Festgebühr (§ 6 Absatz 2) und der Behältergebühr (§ 6 Absatz 3) für die gesamte Dauer der Bereitstellung Gebühren nach Maßgabe aus Anlage 1, Ziffer 7 dieser Abfallgebührensatzung.

(3) Wird ein Wohngrundstück vorübergehend wegen Baumaßnahmen oder aus anderen Gründen nicht bewohnt, der Abfallbehälter auf dem Grundstück aber weiter vorgehalten, so ist für den Zeitraum der Nutzungsunterbrechung die Festgebühr für lediglich eine Person nach Anlage 1, Ziffer 1 zu entrichten. Der Gebührenschuldner hat dem ZAOE Beginn und Ende der Nutzungsunterbrechung unverzüglich anzuzeigen.

(4) Werden in einem Bioabfallbehälter bei der Entleerung Verunreinigungen, insbesondere nicht kompostierbare Stoffe, festgestellt, wird der Behälter als Restabfallbehälter geleert, so dass hierfür die entsprechende Entleerungsgebühr gemäß Anlage 1, Ziffer 3 dieser Satzung anfällt. Dies gilt auch bei der Entleerung von verunreinigten PPK-Behältern. Bei Bioabfallbehältern mit einem Fassungsvermögen von 60 Litern wird die Entleerungsgebühr eines Restabfallbehälters mit 80 Liter Fassungsvermögen berechnet.

(5) Die Berechnung der Entleerungsgebühr nach Anlage 1, Ziffern 3 und 5 sowie nach Absatz 4 erfolgt auf der Grundlage der auf elektronischem Wege erfassten Anzahl der durchgeführten Entleerungen. Dies gilt auch, wenn die Entleerung des Abfallbehälters wegen angehafteten, zu

stark verdichteten oder angefrorenen Inhalts nur teilweise erfolgen konnte.

§ 9

Gebührenfestsetzung

(1) Die Gebühren werden durch Gebührenbescheid für das Grundstück und Nutzungsart festgesetzt.

(2) Mit dem Gebührenbescheid werden die Gebühren für das vorangegangene Kalenderjahr (Jahresendabrechnung) sowie Abschlagszahlungen für das laufende Kalenderjahr festgesetzt. Bei einem Anschluss des Grundstücks an die Abfallentsorgung werden für das laufende Kalenderjahr lediglich die Abschlagszahlungen festgesetzt. Endet der Anschluss an die Abfallentsorgung, enthält der Bescheid lediglich die Endabrechnung für das laufende Kalenderjahr.

(3) Änderungsmitteilungen ziehen keinen Änderungsbescheid nach sich, sondern werden in der Jahresabrechnung des folgenden Jahresbescheides berücksichtigt. Der ZAOE kann jedoch im Einzelfall unterjährig einen Bescheid erlassen.

(4) Die Abschlagszahlungen werden in zwei gleichen Teilbeträgen erhoben. Ergeben sich aus der Jahresendabrechnung Über- oder Unterzahlungen, werden diese mit dem ersten Teilbetrag des Abschlags verrechnet bzw. nachgefordert. Betragen die Über- oder Unterzahlungen weniger als 5,00 EUR, werden diese erst mit dem zweiten Teilbetrag der Abschlagszahlung verrechnet bzw. nachgefordert. Der erste Teilbetrag wird zwei Wochen nach Bekanntgabe des Bescheids, der zweite Teilbetrag sechs Monate nach Bekanntgabe des Bescheids fällig, wenn nicht der ZAOE einen anderen Zeitpunkt bestimmt.

(5) a) Bei der Festsetzung des Abschlags für die Entsorgung von Abfall aus privaten Haushalten ermittelt sich die Festgebühr aus der Gebühr nach Anlage 1, Ziffer 1 dieser Satzung, multipliziert mit der Anzahl der auf dem Grundstück mit Hauptwohnsitz gemeldeten Personen zum Tag der Berechnung des Gebührenbescheids. Die Behältergebühr ergibt sich nach Anlage 1, Ziffer 2 dieser Satzung. Die voraussichtliche Entleerungsgebühr für Restabfallentleerungen errechnet sich aus dem durchschnittlichen Abfallvolumen des Kalendervorjahres (Liter je Person und Woche), multipliziert mit der Anzahl der auf dem Grundstück mit Hauptwohnsitz gemeldeten Personen und der Wochenzahl im Berechnungsjahr, wiederum multipliziert mit dem Gebührensatz pro Liter gemäß Anlage 1, Ziffer 4 dieser Satzung.

b) Die voraussichtliche Entleerungsgebühr für Bioabfallentleerungen errechnet sich aus dem durchschnittlichen Abfallvolumen des Kalendervorjahres (Liter je Person und Woche), multipliziert mit der Anzahl der auf dem Grundstück mit Hauptwohnsitz gemeldeten Personen und der Wochenzahl im Berechnungsjahr, multipliziert mit dem Gebührensatz pro Liter gemäß Anlage 1, Ziffer 6 dieser Satzung.

c) Sofern noch keine Berechnungsgrundlage nach Absatz 5 Buchstabe a) und b) für das Kalendervorjahr vorliegt, wird bei der Entleerungsgebühr das Mindestvolumen für Restabfallentleerungen nach § 6 Absatz 5 dieser Satzung zur Berechnung herangezogen. Das gilt auch dann für Buchstaben a) und b), wenn im Vorjahr das entleerte Volumen unter dem Mindestvolumen von 2 Litern blieb.

(6) a) Bei der Festsetzung des Abschlages für die Entsorgung von Abfällen aus anderen Herkunftsbereichen als Haushalten ergibt sich die Festgebühr aus Anlage 1, Ziffer 1 dieser Satzung.

b) Die voraussichtliche Entleerungsgebühr für Bioabfallentleerungen errechnet sich aus dem entsorgten Abfallvolumen des Vorjahres, multipliziert mit der Entleerungsgebühr pro Liter Bioabfall des laufenden Berechnungsjahres nach Anlage 1, Ziffer 6 dieser Satzung.

c) Sofern noch keine Berechnungsgrundlage nach Absatz 6 Buchstabe a) und b) für das Vorjahr vorliegt, wird bei der Entleerungsgebühr die Mindestentleerungsgebühr nach § 6 Absatz 6 dieser Satzung zur Berechnung herangezogen. Das gilt auch dann für Buchstaben a) und b), wenn im Vorjahr das entleerte Volumen unter dem Mindestvolumen von 2 Litern lag.

(7) Die Gebühr für die Nutzung befristet angemeldeter Abfallbehälter gemäß Anlage 1, Ziffer 10 dieser Satzung wird nach der Abholung des Behälters durch Bescheid festgesetzt. Die Gebühr wird einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheids fällig.

(8) Bei der Selbstanlieferung von Abfällen in Abfallentsorgungsanlagen und an vom ZAOE bekanntgegebenen Sammelstellen wird die Gebühr nach Maßgabe der §§ 13 bis 15 festgesetzt.

(9) Sepa-Lastschriftmandate werden grundsätzlich nur vom Gebührenschuldner im Sinne von § 2 dieser Satzung berücksichtigt.

§ 10

Gebühreennachforderung

Wird bekannt, dass ein Anschlusspflichtiger nach § 5 der Abfallwirtschaftssatzung des ZAOE einer Mitteilungspflicht nach § 7 derselben Satzung nicht, nicht vollständig oder mit unrichtigen Angaben nachgekommen ist, erfolgt eine Gebühreennachforderung nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und dieser Satzung. Gebühreennachforderungen werden insbesondere geltend gemacht bei

- unterlassenen, verspäteten oder unrichtigen Angaben der Personenzahl,
- Nutzung von nicht dem Grundstück zugeordneten gebührenrelevanten Abfallbehältern.

Die Gebühreennachforderung erfolgt unter Beachtung der gesetzlichen Festsetzungsfrist für den Zeitraum des Bestehens der Gebührenpflicht.

§ 11

Unterbrechung und Erschweris der Abfuhr

(1) Bei vorübergehender Einschränkung, Unterbrechung oder Verspätung der Abfuhr infolge von Betriebsstörungen, Baustellenbehinderungen, behördlichen Verfügungen, Streik, höherer Gewalt oder bei Verlegung des Zeitpunktes der Abfuhr besteht kein Anspruch auf Ermäßigung der Gebühr oder Schadensersatz.

(2) Die Rechtsfolge des Absatzes 1 tritt auch dann ein, wenn sich der Inhalt des Abfallbehälters aus Gründen, die der ZAOE bzw. das beauftragte Unternehmen nicht zu vertreten haben, ganz oder teilweise nicht entleeren lässt (z. B.

Einfrieren oder Anhaften des Behälterinhaltes, übermäßiges Verdichten).

Teil 3 Sonstige Gebühren

§ 12 Servicegebühren

(1) Die Servicegebühr „Abholung vom Grundstück“ wird für die Inanspruchnahme der Abholung von Sperrmüll und Elektroaltgeräten vom Grundstück erhoben und bemisst sich nach dem tatsächlichen Zeitaufwand in Zeiteinheiten (1 Zeiteinheit = 15 Minuten). Dabei wird jeweils die Zeit zwischen dem Eintreffen am Grundstück und der Beendigung des Verladens in das Entsorgungsfahrzeug berücksichtigt.

(2) Die Servicegebühr „Behälterzubehör“ wird für die Bereitstellung von Behälterzubehör (Behälter-Schließvorrichtungen) erhoben und bemisst sich nach der Anzahl der Behälterschließvorrichtungen, die in die Abfallbehälter für das Grundstück eingebaut worden sind.

(3) Die Servicegebühr Behälterdienst wird für das Einziehen, Aufstellen und Austauschen von Abfallbehältern erhoben und richtet sich nach der Anzahl der Aufträge gegenüber dem ZAOE. Werden je angefahrenem Grundstück mehrere Behälteraufträge gleichzeitig ausgeführt, wird die Servicegebühr „Behälterdienst“ nur einmal erhoben. Das gilt auch pro Anfahrt des Behälterdienstes für nachträglich anzubringendes Behälterzubehör.

(4) Die Erstgestaltung von Abfallbehältern bei Neuanschaffung sowie die Abholung der Abfallbehälter bei Abmeldung eines Grundstücks sind gebührenfrei. Eine Neuanschaffung liegt nicht vor, wenn der gleiche Grundstückseigentümer eine Anmeldung innerhalb eines halben Kalenderjahres vornimmt. Die Servicegebühr Behälterdienst wird ferner nicht erhoben, wenn Abfallbehälter auf Grund von Beschädigung oder Verlust ausgetauscht oder neu aufgestellt werden müssen und der ZAOE oder sein beauftragter Dritter dies zu vertreten haben.

(5) Bei der Entsorgung unzulässig behandelter, gelagerter oder abgelagerter Abfälle bestimmt sich die Gebühr nach den im Einzelfall tatsächlich anfallenden Kosten. Dazu gehören zum Beispiel Kosten für Beförderung, Anfertigung von Analysen, Behandlung, Verwertung/Beseitigung und Verwaltungskosten.

(6) Die genannten Servicegebühren ergeben sich aus Anlage 2 zu dieser Satzung.

Teil 4 Gebühren der Abfallentsorgungsanlagen

§ 13 Gebühren für Selbstanlieferungen

(1) Die Benutzungsgebühren für Abfälle, die an den Abfallentsorgungsanlagen des ZAOE oder an vom ZAOE bekanntgegebenen Sammelstellen angeliefert werden, bestimmen sich nach dem Gewicht bzw. Volumen der angelieferten Abfälle bzw. nach der Anzahl der zu entsorgenden Gegenstände, dem Anlieferort sowie der erforderlichen Entsorgung und sind in der Anlage 3a zu dieser Satzung festgelegt. Die Mindestgebühr ergibt sich aus Anlage 3a zu dieser Satzung.

(2) Das Gewicht der Abfälle wird durch geeichte Waagen ermittelt. Soweit eine Wägeeinrichtung ausfällt, wird das Gewicht vom Personal der Abfallentsorgungsanlage geschätzt.

(3) Wird der Einsatz von Personal oder/und Technik des ZAOE aufgrund vorschriftswidriger oder zurückgewiesener Anlieferungen von Abfällen erforderlich, hat der Verursacher (Anlieferer) die Kosten dieses Einsatzes zu tragen. Die Berechnung erfolgt durch einen Gebührenbescheid. Dem Gebührenbescheid sind unter Berücksichtigung der erforderlichen Dauer des Einsatzes pro Mitarbeiter der Kosten- und der Abrechnung der Zeiteile erfolgt im Viertelstundentakt.

(4) Für die Anlieferung von Asbestabfällen können auf den Umladestationen und in der Geschäftsstelle des ZAOE Asbestsäcke gegen eine Hinterlegung erworben werden (Pfand). Das Pfand wird bei der Anlieferung der Asbestabfälle gegen Vorlage der Originalquittung zurückerstattet. Das Pfand wird gemäß Anlage 3a, Ziffer 15 dieser Satzung erhoben.

§ 14 Entstehen und Fälligkeit der Gebühren für Selbstanlieferungen

(1) Die Gebührenschuld entsteht im Falle des § 13 Absatz 1 mit der Überlassung der Abfälle in den Abfallentsorgungsanlagen bzw. an den vom ZAOE bekanntgegebenen Sammelstellen und im Falle des § 13 Absatz 4 mit dem Erwerb der Asbestsäcke.

(2) Die Gebühren werden durch Gebührenbescheid festgesetzt und mit der Bekanntgabe des Gebührenbescheids fällig.

§ 15 Gebührenerhebung auf den Wertstoffhöfen

Die jeweils mit der Bewirtschaftung der Wertstoffhöfe gemäß Anlage 3b zu dieser Satzung beauftragten Dritten sind ermächtigt, auf den von ihnen jeweils bewirtschafteten Wertstoffhöfen im Namen des ZAOE in kommunalabgabenrechtlichen Verwaltungsverfahren Verwaltungsakte gemäß § 3 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe b) des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes in Verbindung mit § 118 der Abgabenordnung zur Erhebung folgender Gebühren zu erlassen:

- Gebühren für die Anlieferung von Abfällen nach dieser Satzung,
- Gebühren für die Abgabe von Restabfallsäcken gem. § 28 Absatz 1 der Abfallwirtschaftssatzung des ZAOE.

Teil 5 Sonstige Vorschriften und Schlussbestimmungen

§ 16 Umsatzsteuer

Soweit die Leistungen, die den in dieser Satzung festgelegten Gebühren zugrunde liegen, umsatzsteuerpflichtig sind, tritt zu diesen noch die Umsatzsteuer in der im Umsatzsteuergesetz jeweils festgelegten Höhe hinzu.

§ 17**Sprachliche Gleichstellung**

Bezeichnungen von Personen und Funktionen in dieser Satzung wurden zugunsten der besseren Lesbarkeit lediglich in männlicher Fassung formuliert. Sämtliche Personen- und Funktionsbezeichnungen, die männlich formuliert sind, gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

§ 18**Rechtsvorschriften**

Die in dieser Satzung zitierten Rechtsvorschriften gelten in der jeweils gültigen Fassung.

§ 19**Ordnungswidrigkeiten**

(1) Soweit eine Ordnungswidrigkeit gegeben ist, die nicht nach der Abfallwirtschaftssatzung des ZAOE verfolgt werden kann, handelt ordnungswidrig nach §§ 6 Absatz 2 und 47 Absatz 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale

Zusammenarbeit und § 124 der Sächsischen Gemeindeordnung, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 3 Absatz 1 dieser Satzung Auskünfte und Erklärungen über alle für die Gebührenerhebung maßgeblichen Umstände nicht, nicht rechtzeitig, nicht vollständig oder unrichtig abgibt.

(2) Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 können mit einer Geldbuße bis zu 500,00 EUR geahndet werden.

§ 20**Nichtigkeitsklausel**

Wird ein Teil dieser Satzung für nichtig erklärt, behält die übrige Satzung ihre Gültigkeit, es sei denn, dass die Gesamtnichtigkeit festgestellt wird oder der ZAOE die Satzung ohne den nichtigen Teil nicht erlassen hätte.

§ 21**Inkrafttreten**

Diese Abfallgebührensatzung tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

Radebeul, ausgefertigt am 29. November 2023

Zweckverband Abfallwirtschaft Oberes Elbtal
Michael Geisler
Landrat und Verbandsvorsitzender

Anlage 1

Gebührenverzeichnis des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal gemäß § 8 Absatz 1 Abfallgebührensatzung

Anlage 2

Gebührenverzeichnis des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal gemäß § 12 Abfallgebührensatzung

Anlage 3a

Gebührenverzeichnis des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal gemäß § 13 Abfallgebührensatzung

Anlage 3b

Verzeichnis der Abfallentsorgungsanlagen des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal gemäß § 15 der Abfallgebührensatzung

Hinweis nach § 4 Abs. 4 der Sächsischen Gemeindeordnung in Verbindung mit § 5 Abs. 3 und § 47 Abs. 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit:

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn:

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 21 Abs. 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber dem Zweckverband unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen. Sätze 1 bis 3 sind nur anzuwenden, wenn bei der Bekanntmachung der Satzung auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften und die Rechtsfolgen hingewiesen worden ist.

Anlage 1

Gebührenverzeichnis des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal
gemäß § 8 Absatz 1 Abfallgebührensatzung

lfd. Nr.	Gebührenbezeichnung	Gebührensatz	
1.	Festgebühr gem. § 6 Absatz 2 für Haushalte für andere Herkunftsbereiche Restabfallbehälter 80 l Restabfallbehälter 120 l Restabfallbehälter 240 l Restabfallbehälter 660 l Restabfallbehälter 1.100 l	23,16 EUR/Person/Jahr 30,48 EUR/Jahr 38,52 EUR/Jahr 66,00 EUR/Jahr 147,12 EUR/Jahr 235,44 EUR/Jahr	1,93 EUR/Person/Monat 2,54 EUR/Monat 3,21 EUR/Monat 5,50 EUR/Monat 12,26 EUR/Monat 19,62 EUR/Monat
2.	Behältergebühr gem. § 6 Absatz 3 Abfallbehälter 60, 80 l Abfallbehälter 120 l Abfallbehälter 240 l Abfallbehälter 660 l Abfallbehälter 1.100 l	5,52 EUR/Jahr 8,52 EUR/Jahr 17,04 EUR/Jahr 46,80 EUR/Jahr 78,00 EUR/Jahr	0,46 EUR/Monat 0,71 EUR/Monat 1,42 EUR/Monat 3,90 EUR/Monat 6,50 EUR/Monat
3.	Leerungsgebühr Restabfall gem. § 6 Absatz 4 Restabfallbehälter 80 l Restabfallbehälter 120 l Restabfallbehälter 240 l Restabfallbehälter 660 l Restabfallbehälter 1.100 l Restabfallsack 70 l	4,52 EUR/Leerung 6,78 EUR/Leerung 13,56 EUR/Leerung 37,28 EUR/Leerung 62,13 EUR/Leerung 4,00 EUR/Sack	
4.	für die Berechnung des Abschlages gem. § 9 Absatz 5 Buchstabe a (Restabfall) sowie der Mindestleerungsgebühr für Haushalte gem. § 6 Absatz 5	0,05649 EUR/Liter	
5.	Leerungsgebühr Bioabfallbehälter gem. § 6 Absatz 8 Bioabfallbehälter 60 l Bioabfallbehälter 120 l Bioabfallbehälter 240 l Bioabfallbehälter 660 l	1,36 EUR/Leerung 2,73 EUR/Leerung 5,45 EUR/Leerung 15,00 EUR/Leerung	
6.	für die Berechnung des Abschlages gem. § 9 Absatz 5 Buchstabe b (Bioabfall)	0,02272 EUR/Liter	
7.	Festgebühr für temporäre Gestellung (befristeter Zeitraum) gem. § 8 Absatz 2 Restabfallbehälter 80 l Restabfallbehälter 120 l Restabfallbehälter 240 l Restabfallbehälter 660 l Restabfallbehälter 1.100 l	44,68 EUR/Gestellung 47,01 EUR/Gestellung 54,10 EUR/Gestellung 92,11 EUR/Gestellung 117,46 EUR/Gestellung	

Anlage 2

Gebührenverzeichnis des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal
gemäß § 12 Abfallgebührensatzung

lfd. Nr.	Bezeichnung	Gebührenhöhe	
1.	Servicegebühr für die Abholung vom Grundstück gem. § 12, Absatz 1 Sperrmüll Elektroaltgeräte	36,94 EUR je angefangener Zeitanteil (15 Minuten) 22,70 EUR je angefangener Zeitanteil (15 Minuten)	
2.	Servicegebühr für Behälterdienst gem. § 12, Absatz 3	10,25 EUR/Behälterauftrag und angefahrenem Grundstück	
3.	Servicegebühr für Behälterzubehör gem. § 12, Absatz 2 (je Behälterschließvorrichtung) 2-Radbehälter 4-Radbehälter	2,76 EUR/Jahr 3,48 EUR/Jahr	0,23 EUR/Monat 0,29 EUR/Monat

Anlage 3a

Gebührenverzeichnis des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal
gemäß § 13 Abfallgebührensatzung

Position	Abfallbezeichnung	Mengeeinheit (ME)	Gebühr [EUR/ME]	Mindestgebühr bis 200 kg [EUR]	Wertstoffhöfe mit Waage			Wertstoffhöfe									
					Saugrund	Kleincotta	Gröbern	Groptitz	Altenberg	Pirna-Copitz	Cunnersdorf	Großenhain	Meißen	Weinböhla	Neustadt/Sa.	Nossen	
1.	mineralische Bau- und Abbruchabfälle (Bauschutt) z. B. Beton, Ziegel, Fliesen, Keramik, Boden, Steine																
	bis 0,5 m³	Anlieferung	27,50		x	x	x	x	x	x	x	x	x		x	x	
	bis 1,0 m³	Anlieferung	55,00		x	x	x										
2.	asbesthaltige Abfälle	t	195,50	20,00	x	x	x										
3.	mineralische Dämmmaterialien ohne gefährliche Stoffe (außer Asbest) bis zu 3 m³	t	371,20	40,00	x	x	x										
4.	nichtmineralische Bau- und Abbruchabfälle (Baumischabfälle) z. B. Fenster, Türen, Rohre																
	bis 0,5 m³	Anlieferung	15,00		x	x	x	x	x	x	x	x	x		x	x	
	bis 1,5 m³	Anlieferung	45,00		x	x	x										
5.	Sperrmüll	t	206,00	21,00	x	x	x										
6.	sonstige überlassungspflichtige Abfälle z. B. Abfälle aus Stadt- und Gemein- dereinigung, Abfälle aus Abwasserrei- nigung, Straßenkehricht, Abfälle aus Katastrophenentsorgung	t	206,00	21,00	x	x	x										
7.	Grünabfälle bis 1,0 m³	Anlieferung	5,00		x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
	bis 3,0 m³	Anlieferung	15,00		x	x	x										
8.	Stammholz, Wurzelstöcke bis 50 cm Durchmesser	t	110,50	11,00	x	x	x										
9.	Altreifen (bis zur Größe von PKW-/Motorradreifen)																
	ohne Felge	Stück	4,00		x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
	mit Felge	Stück	8,50		x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
10.	HBCD-haltige Abfälle haushaltstypi- sche Mengen	t	2.031,75	200,00			x										
11.	Sickerwasser	t	19,00				x										
12.	Fremdverwiegung Hin- und Rückwiegung	Stück	9,60		x	x	x										
	Einfache Verwiegung	Stück	6,00		x	x	x										
13.	Bitumenhaltige Abfälle (Dachpappe) ohne teerhaltige und asbesthaltige Bestandteile bis max. 1,0 m³	t	397,00	40,00	x	x	x										
14.	Einsatz von Personal/Technik	Stunde	112,00		x	x	x	x		x							
15.	Pfand für Asbestsäcke Bändchengewebesack Big Bags, Plattensack	5,00 EUR/Stück 10,00 EUR/Stück			x	x	x										

Anlage 3b

Verzeichnis der Abfallentsorgungsanlagen des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal gemäß § 15 Abfallgebührensatzung

Wertstoffhöfe mit Waage

- Kleincotta, Dohma, Cotta B 40, 01796 Dohma
- Saugrund, Schachtstraße 107, 01705 Freital
- Gröbern, Radeburger Straße 65, 01689 Niederau/OT Gröbern

Wertstoffhöfe

Betreibung durch ZAOE:

- Pirna-Copitz, Nordstraße 5, 01796 Pirna/OT Copitz
- Gropitz, Altweidaer Straße 2, 01594 Gropitz

Bewirtschaftung durch beauftragte Dritte:

- Meißen, Am Wall 7, 01662 Meißen
- Weinböhla, Spitzgrundstraße 32, 01689 Weinböhla
- Neustadt, Werner-von-Siemens-Straße 20, 01844 Neustadt
- Altenberg, Zinnwalder Straße 5, 01773 Altenberg (nur saisonal)
- Großenhain, Zum Fliegerhorst 9, 01558 Großenhain
- Nossen, Steinbuschstraße 40, 01683 Nossen
- Cunnersdorf, Lange Straße 77, 01768 Glashütte/OT Cunnersdorf

Allgemeine Geschäftsbedingungen des Zweckverbandes Studieninstitut für kommunale Verwaltung Südsachsen in der Fassung vom 29. November 2023

§ 1

Inhalt, Dozenten

(1) Die im Inhalt der angebotenen Lehrveranstaltung genannten Teilthemen sind nicht abschließend. Themen können entfallen oder zusätzlich aufgenommen werden, maßgebend ist ihre Aktualität. Sind Dozentinnen oder Dozenten genannt, so werden andere nur verpflichtet, wenn die genannten Personen verhindert sind.

(2) Werden Literaturhinweise gegeben, so sind diese Unterlagen zu Lehrveranstaltungen mitzubringen.

§ 2

Lehrgänge, die auf eine Prüfung vorbereiten

(1) Die Lehrgangsteilnehmer sind verpflichtet, am Unterricht teilzunehmen. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung des Dienstvorgesetzten, diese sind dem Zweckverband Studieninstitut für kommunale Verwaltung Südsachsen schriftlich mitzuteilen. Bei Fehlzeiten behält sich der Zweckverband Studieninstitut für kommunale Verwaltung Südsachsen vor, diese Fehlzeiten auf der Teilnahmebestätigung auszuweisen, die Lehrgangsbestätigung nicht zu erteilen bzw. den Dienstvorgesetzten zu unterrichten.

(2) Lehrgangstermin und Veranstaltungsorte werden vom Zweckverband Studieninstitut für kommunale Verwaltung Südsachsen bestimmt, kurzfristige Änderungen behält sich der Zweckverband Studieninstitut für kommunale Verwaltung Südsachsen vor.

(3) Die Zulassung zur Prüfung sowie deren Durchführung obliegen der jeweiligen zuständigen Prüfungsbehörde. Die Anmeldung zur Prüfung ist vom Teilnehmer selbst, gegebenenfalls über die entsendende Behörde zu veranlassen. Der Zweckverband Studieninstitut für kommunale Verwaltung Südsachsen übernimmt keine Gewähr dahingehend, dass die Lehrgangsteilnehmer zur Prüfung zugelassen werden.

§ 3

Anmeldung zu den Aus- und Fortbildungsveranstaltungen

Der Zweckverband Studieninstitut für kommunale Verwaltung Südsachsen ist keine öffentliche Einrichtung, Anmeldungen von Nichtmitgliedern sind nur bei freien Kapazitäten möglich.

Die Anmeldung muss elektronisch über das online-Formular der Veranstaltung auf der Homepage www.skvs-sachsen.de erfolgen.

Mit der Anmeldung werden die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Zweckverbandes Studieninstitut für kommunale Verwaltung Südsachsen in der aktuellen Fassung einschließlich Widerrufsbelehrung, die Entgeltordnung in der aktuellen Fassung, die auf der Homepage www.skvs-sachsen.de veröffentlicht sind, ausdrücklich anerkannt, des Wei-

teren erfolgt die Zustimmung des Rechnungsempfängers zur elektronischen Rechnungslegung.

Anmeldungen sollten in der Regel spätestens bei Lehrgängen 6 Wochen vor Lehrgangsbeginn, bei Seminaren 3 Wochen vor Seminarbeginn erfolgen.

§ 4

Teilnehmermangel, Betriebsstörungen, Ersatztermin, Online- statt Präsenzveranstaltung

(1) Die Durchführung der Aus- und Fortbildungsveranstaltung ist von einer jeweiligen Mindestteilnehmerzahl abhängig. Sollte eine Veranstaltung aus Teilnehmermangel oder nicht zu vertretenden Störungen im Geschäftsbetrieb abgesagt werden müssen, informiert der Zweckverband Studieninstitut für kommunale Verwaltung Südsachsen umgehend die Teilnehmer selbst oder die entsendende Behörde. Wird ein Ersatztermin schriftlich angeboten, gehen wir von Ihrem Einverständnis mit der Buchung zum Ersatztermin aus, falls auf dieses Angebot keine Stornierung zugeht. Die Aus- oder Fortbildungsveranstaltung zum Ersatztermin gilt dann als fest gebucht, d.h. bei einer späteren Abmeldung fallen Entgelte gemäß § 8, § 9 jeweils i. V. m. § 7 an.

(2) Der Zweckverband Studieninstitut für kommunale Verwaltung Südsachsen ist berechtigt, Veranstaltungen ganz oder teilweise als Onlineveranstaltung durchzuführen.

§ 5

Warteliste

(1) Übersteigen die Anmeldungen die Zahl der Lehrgangs- bzw. Seminarplätze, so werden diese Anmeldungen nach ihrem zeitlichen Eingang auf eine Warteliste gesetzt und rücken beim Freiwerden von Plätzen nach, worüber die entsendende Behörde oder der Teilnehmer informiert wird.

Kann ein Teilnehmer nicht berücksichtigt werden, erhält die entsendende Behörde oder der Teilnehmer umgehend eine Benachrichtigung.

(2) Lässt es die Zahl der auf der Warteliste befindlichen Anmeldungen zu, so wird ein Ersatztermin schriftlich angeboten, der sich in der Regel zeitlich und/oder örtlich von dem ursprünglichen Termin unterscheidet. Falls auf dieses Angebot keine Stornierung zugeht, gehen wir von Ihrem Einverständnis mit der Buchung zum Ersatztermin aus. Die Aus- oder Fortbildungsveranstaltung gilt dann als fest gebucht, d.h. bei einer späteren Abmeldung fallen Entgelte gemäß § 8, § 9 i. V. m. § 7 an.

§ 6

Einladung, Bestätigung

(1) Etwa 1 Woche vor Seminarbeginn bzw. 2 Wochen vor Lehrgangsbeginn erhalten die Teilnehmer direkt oder über die anmeldende Behörde eine schriftliche Einladung zum Seminar bzw. Lehrgang.

(2) Jeder Teilnehmer erhält am Lehrveranstaltungsende eine Bestätigung über die Teilnahme unter Angabe des Inhaltes und des Umfanges.

§ 7 Entgelte

(1) Der Zweckverband Studieninstitut für kommunale Verwaltung Südsachsen erhebt für die Maßnahmen der Aus- und Fortbildung sowie für die Übernahme weiterer Aufgaben, wie z. B. die Beratung in Fragen der Personal- und Organisationsentwicklung oder der Durchführung von Projektaufgaben, Entgelte nach Maßgabe der Entgeltordnung in der jeweils geltenden Fassung. Die Entgeltordnung wird jährlich von der Verbandsversammlung für das folgende Kalenderjahr beschlossen und ist auf der Homepage www.skvs-sachsen.de veröffentlicht.

(2) Die Zahlung wird 14 Kalendertage nach Ausstellung der Rechnung fällig. Nach Ablauf der 14 Kalendertage kann der Zweckverband Studieninstitut für kommunale Verwaltung Südsachsen Zinsen für den offenen Rechnungsbetrag in Höhe von 5 % über dem jeweiligen Basiszinssatz (§ 247 BGB) in der jeweils geltenden Fassung verlangen. Für jedes Mahnschreiben kann eine Aufwandsentschädigung von 2,50 EUR berechnet werden.

(3) Die Maßnahmen des Zweckverbandes Studieninstitut für kommunale Verwaltung Südsachsen sind gemäß § 4 Nr. 21 a) bb) UStG in der jeweils geltenden Fassung umsatzsteuerbefreit.

(4) Die Rechnungslegung gemäß Absatz 2 erfolgt ausschließlich elektronisch per E-Mail. Die Zustimmung des Rechnungsempfängers erfolgt im Anmeldeverfahren gemäß § 3.

§ 8 Abmeldung von Seminaren

(1) Es werden ausschließlich nur Abmeldungen in Textform oder Schriftform (per Post/Fax/E-Mail) akzeptiert.

(2) Bei Abmeldung bis zu 15 Werktagen (als Werktage gelten Montag bis Freitag) vor Seminarbeginn entstehen keine Entgelte, danach sind 80 % der Entgelte gemäß § 7 i. V. m. der Entgeltordnung in der jeweils geltenden Fassung zu entrichten. Bei Abmeldung am Veranstaltungstag oder bei Nichterscheinen ohne jegliche Abmeldung ist das volle Entgelt zu entrichten. Werden einzelne Module der jeweiligen Veranstaltung nicht besucht, besteht kein Anspruch auf anteilige Entgelterstattung. Die Gründe für die Abmeldung durch den Auftraggeber sind für die Entgeltspflicht unerheblich.

(3) Personelle Auswechslungen sind bis zum Beginn der Veranstaltung möglich.

§ 9 Lehrgangsdauer und Beendigung von Lehrgängen

(1) Die Gesamtdauer der vom Zweckverband Studieninstitut für kommunale Verwaltung Südsachsen durchgeführten Lehrgänge und damit die Vertragsdauer ergeben sich aus dem Veranstaltungsprogramm. Jeder Unterrichtsvertrag wird zunächst für die Laufzeit von einem Jahr verbindlich abgeschlossen. Die Laufzeit beginnt mit dem ersten Unterrichtstag. Die Laufzeit verlängert sich nach Ablauf des ersten

Jahres stillschweigend um jeweils sechs Monate, wenn das Vertragsverhältnis nicht mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten zum Ablauf der jeweiligen Laufzeit gekündigt wird.

(2) Bei Abmeldung bis zu 15 Werktagen vor Lehrgangsbeginn entstehen keine Entgelte. Bei Abmeldung weniger als 15 Werktagen vor Lehrgangsbeginn oder Beendigung während der Laufzeit, sind 80 % der bis zum Beendigungszeitpunkt anfallenden Entgelte gem. § 7 i. V. m. der Entgeltordnung in der jeweils geltenden Fassung zu entrichten, soweit der Auftraggeber an der Veranstaltung bis zum Beendigungszeitpunkt nicht teilnimmt. Soweit der Auftraggeber bis zum Beendigungszeitpunkt am Lehrgang teilnimmt, sind von diesem 100 % der bis zum Beendigungszeitpunkt anfallenden Entgelte gemäß § 7 in Verbindung mit der Entgeltordnung in der jeweils geltenden Fassung zu entrichten. Werden einzelne Module des Lehrgangs nicht besucht, besteht kein Anspruch auf anteilige Entgelterstattung.

(3) Personelle Auswechslungen bis zum Tage des Lehrgangsbeginns sind möglich.

§ 10 An- und Abreise, Unterkunft, Verpflegung

Die An- und Abreise, Verpflegung und evtl. Übernachtungen organisieren und zahlen die Teilnehmer selbst.

§ 11 Haftung

Die Haftung des Zweckverbandes Studieninstitut für kommunale Verwaltung Südsachsen, seiner gesetzlichen Vertreter und seiner Erfüllungsgehilfen für Schäden jeglicher Art ist ausgeschlossen, soweit die Schäden weder vorsätzlich noch grob fahrlässig herbeigeführt wurden. Vorstehende Haftungsbegrenzungen finden keine Anwendung bei Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit der Kursteilnehmer, in diesen Fällen haftet der Zweckverband Studieninstitut für kommunale Verwaltung Südsachsen auch für sonstige Fahrlässigkeit. Der Geschädigte ist verpflichtet, den entstandenen Schaden unverzüglich dem Institutsleiter und der entsendenden Behörde zu melden.

§ 12 Datenverarbeitung

Die Teilnehmer willigen ein, dass die für die organisatorische Durchführung der Maßnahmen erforderlichen Daten beim Auftragnehmer gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a EU – DSGVO verarbeitet werden. Die Einwilligung kann verweigert und mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden, sofern dem Widerruf keine Rechtsgründe entgegenstehen. Im Fall der Verweigerung hat der Auftragnehmer das Recht, eine Anmeldung abzulehnen. Die vorstehenden Hinweise beruhen auf den Erwägungsgründen 32 bzw. 42 der EU-DSGVO.

§ 13 Schriftform

Änderungen des Vertrages bedürfen der Schriftform.

§ 14 Gerichtsstand

Ist Vertragspartner des Zweckverbandes Studieninstitut für kommunale Verwaltung Südsachsen Kaufmann, juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen, so ist Gerichtsstand für Streitigkeiten Chemnitz.

§ 15 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein, bleibt die Gültigkeit des Vertrages im Übrigen davon unberührt. Die unwirksame Klausel ist durch eine Bestimmung zu ersetzen, die dem in rechtlich zulässiger Weise wirtschaftlich am nächsten kommt, was die Parteien mit der unwirksamen Vereinbarung bezweckt haben.

§ 16 In-Kraft-Treten und Außer-Kraft-Treten

Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Zweckverbandes Studieninstitut für kommunale Verwaltung Südsachsen in der Fassung vom 29. November 2023 treten am 01.01.2024 in Kraft.

Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Zweckverbandes Studieninstitut für kommunale Verwaltung Südsachsen vom 29. September 2021 treten gleichzeitig außer Kraft.

Widerrufsbelehrung für Verbraucher bei Verhandlung und Vertragsschluss ausschließlich über Fernkommunikationsmittel (Fernabsatzvertrag).

Wenn Sie Verbraucher sind, haben Sie im Falle eines Fernabsatzvertrages ergänzend zu unseren allgemeinen Geschäftsbedingungen ein Widerrufsrecht.

Verbraucher ist jede natürliche Person, die ein Rechtsgeschäft zu Zwecken abschließt, die überwiegend weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden können.

Fernkommunikationsmittel im Sinne dieses Gesetzes sind alle Kommunikationsmittel, die zur Anbahnung oder zum Abschluss eines Vertrags eingesetzt werden können,

ohne dass die Vertragsparteien gleichzeitig körperlich anwesend sind wie Briefe, Kataloge, Telefonanrufe, Telekopien, E-Mails, über den Mobilfunkdienst versendete Nachrichten (SMS) sowie Rundfunk und Telemedien.

Widerrufsrecht

Sie haben das Recht, binnen vierzehn Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen.

Die Widerrufsfrist beträgt vierzehn Tage ab dem Tag des Vertragsabschlusses.

Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie uns, den Zweckverband Studieninstitut für kommunale Verwaltung Südsachsen, Schulstraße 38, 09125 Chemnitz, Telefonnummer: 0371/278 629-0, Telefaxnummer: 0371/278 629-29, E-Mail: post@skvs-sachsen.de mittels einer eindeutigen Erklärung (z. B. ein mit der Post versandter Brief, Telefax oder E-Mail) über ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren.

Zur Wahrung des Widerrufsrechts reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

Folgen des Widerrufs

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir Ihnen alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben, unverzüglich, spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrags bei uns eingegangen ist. Für diese Rückzahlung verwenden wir dasselbe wie das von Ihnen verwandte Zahlungsmittel; es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart. In keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet.

Haben Sie verlangt, dass die Dienstleistung während der Widerrufsfrist beginnen soll, so haben Sie uns einen angemessenen Betrag zu zahlen, der dem Anteil der bis zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie uns von der Ausübung des Widerrufsrechts hinsichtlich dieses Vertrages unterrichten, bereits erbrachten Dienstleistungen im Vergleich zum Gesamtumfang der im Vertrag vorgesehenen Dienstleistungen entspricht.

Ende der Widerrufsbelehrung

Chemnitz, den 29. November 2023

Zweckverband Studieninstitut für kommunale Verwaltung Südsachsen
Thomas Kunzmann
Verbandsvorsitzender

Bekanntmachung des Regionalen Planungsverbandes Oberlausitz-Niederschlesien über die Feststellung des Jahresabschlusses 2020

Vom 6. Dezember 2023

Mit Beschluss 875 der 114. Verbandsversammlung am 24. Oktober 2022 wurde nach Durchführung der örtlichen Prüfung der Jahresabschluss des Regionalen Planungsverbandes Oberlausitz-Niederschlesien zum 31. Dezember 2020 festgestellt.

Gemäß § 88c Absatz 3 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2020 (SächsGVBl. S. 722) geändert worden ist, in Verbindung mit § 12 Absatz 3 des Landesplanungsgesetzes vom 11. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 706) wird der Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses hiermit ortsüblich bekannt gemacht. Der Beschluss lautet: „Der Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes des Landratsamtes Bautzen wird zur Kenntnis genommen und der als Anlage beigefügte Jahresabschluss des Re-

gionalen Planungsverbandes Oberlausitz-Niederschlesien zum 31. Dezember 2020 (Summe Aktiva = Summe Passiva = 445.199,51 Euro; Abschluss der Ergebnisrechnung mit einem Gesamtergebnis als Fehlbetrag = –19.056,88 Euro) wird festgestellt.“

Der Jahresabschluss mit Rechenschaftsbericht und Anhang wird in dem Zeitraum vom

22. Dezember 2023 bis einschließlich 5. Januar 2024

elektronisch zur kostenlosen Einsicht für jedermann unter

<https://www.rpv-oberlausitz-niederschlesien.de/planungsverband/haushalt.html>

zur Verfügung gestellt.

Bautzen, den 6. Dezember 2023

Regionaler Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien
Dr. Stephan Meyer
Verbandsvorsitzender

Bekanntmachung

Feststellung der Haushaltssatzung

zum Wirtschaftsplan für den Abwasserzweckverband „Wilde Sau“ für das Jahr 2024

Vom 5. Dezember 2023

- Aufgrund von
1. § 60 Absatz 1 und § 58 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit, in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl., S. 270), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134).
 2. § 74 der Sächsischen Gemeindeordnung, in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), zuletzt geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705)
 3. § 20 sowie §§ 17 und 18 der Verbandssatzung vom 29. September 2015 (SächsABl. 2015, S. 1750 ff.), zuletzt geändert am 1. Dezember 2022 (SächsABl. 2023 S. 413), hat die Verbandsversammlung am 26. Oktober 2023 folgende Haushaltssatzung nebst Wirtschaftsplan beschlossen:
- #### § 1

Der Wirtschaftsplan wird festgesetzt:

 1. im Erfolgsplan

die Erträge	3 472 000 Euro
die Aufwendungen	3 443 300 Euro
Jahresergebnis	28 700 Euro
 2. im Liquiditätsplan

Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	+996 900 Euro
--	---------------

§ 2

Es werden außerdem festgesetzt:

 1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen 0 Euro
 2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf 0 Euro
 3. die Betriebskostenumlage für die Stadt Wilsdruff 409 960 Euro
die Betriebskostenumlage für die Stadt Tharandt 14 540 Euro
 4. Umlage der Gemeinde Klipphausen für Einleitung der Abwässer 112 000 Euro
 5. Finanzierungskostenumlage 0 Euro
 6. der Höchstbetrag an Kassenkrediten 300 000 Euro

§ 3

Die Haushaltssatzung nebst Wirtschaftsplan tritt, entsprechend § 76 Absatz 3 Satz 1 der der Sächsischen Gemeindeordnung, am 1. Januar 2024 in Kraft.

Wilsdruff, den 5. Dezember 2023

Abwasserzweckverband „Wilde Sau“
Carsten Hahn
Verbandsvorsitzender

Mit Schreiben der Rechtsaufsichtsbehörde vom 30. November 2023 wurde die Rechtmäßigkeit der Haushaltssatzung 2024 sowie des Wirtschaftsplanes mit Anlagen bestätigt.

Die Satzung wurde ausgefertigt und wird öffentlich bekannt gemacht. Die Bekanntmachung erfolgt hiermit gemäß den Festlegungen der Sächsischen Gemeindeordnung in

der geltenden Fassung unter dem Hinweis, dass die Haushaltssatzung 2024 einschließlich des Wirtschaftsplanes in der Zeit vom 2. Januar 2024 bis einschließlich 10. Januar 2024 (täglich von 8:00 Uhr bis 12:00 Uhr, dienstags zusätzlich von 14:00 Uhr bis 18:00 Uhr) zur kostenlosen Einsicht in der Geschäftsstelle des Abwasserzweckverbandes „Wilde Sau“ ausliegt.

Wilsdruff, den 5. Dezember 2023

Abwasserzweckverband „Wilde Sau“
Carsten Hahn
Verbandsvorsitzender

Beitragsordnung des Studentenwerkes Leipzig

Vom 13. Dezember 2023

Aufgrund von § 119 Absatz 2 und § 118 Absatz 3 des Sächsischen Hochschulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2023 (SächsGVBl. S. 329), das zuletzt durch Artikel 8 Absatz 9 des Gesetzes vom 6. Juli 2023 (SächsGVBl. S. 467) geändert worden ist, hat der Verwaltungsrat des Studentenwerkes Leipzig gemäß § 120 Absatz 3 Satz 1 des Sächsischen Hochschulgesetzes die folgende Beitragsordnung beschlossen:

§ 1 Beitragspflicht

(1) Zur Deckung der Kosten, die ihm durch die Erfüllung der Aufgaben gemäß § 1 der Ordnung des Studentenwerkes Leipzig entstehen, erhebt das Studentenwerk Leipzig Beiträge. Beitragspflichtig sind alle Studierenden der dem Studentenwerk Leipzig zugeordneten Hochschulen sowie der Hochschulen und Bildungseinrichtungen, mit denen eine entsprechende Vereinbarung besteht.

(2) Die Beiträge sind fällig bei Immatrikulation oder Rückmeldung. Sie werden gemäß § 119 Absatz 2 Satz 6 des Sächsischen Hochschulgesetzes unentgeltlich von den Hochschulen eingezogen. Die Hochschulen und Bildungseinrichtungen machen das Zahlungsverfahren bekannt. Ist eine Studierende/ein Studierender an mehreren der oben genannten Hochschulen beziehungsweise Bildungseinrichtungen immatrikuliert, so ist der Beitrag nur einmal zu entrichten.

§ 2 Beitragsbemessung und Zweckbindung

(1) Der Beitrag beträgt 80,00 Euro pro Semester. Er wird wie folgt verwendet:

	Euro
– Beitrag für Soziale Dienste/DSW-Beitrag	11,20
– Beitrag zur Finanzierung der Verpflegungsbedürfnisse (Mensen und Cafeterien)	68,80
	80,00.

(2) Zusätzlich wird ein Beitrag zum Mobilitätsfonds in Höhe von 2,00 Euro pro Studierenden und Semester erhoben.

§ 3 Erlass, Befreiung

(1) Der Beitrag kann nicht erlassen, ermäßigt oder gestundet werden.

(2) Beurlaubte Studierende, die nachweislich für die Dauer eines gesamten Semesters vom Studienstandort Leipzig abwesend sind und daher in diesem Semester die Leistungen des Studentenwerkes Leipzig nicht in Anspruch nehmen, können auf Antrag von der Beitragspflicht befreit werden. Der Antrag ist schriftlich auf dem vorgegebenen Antragsformular zu stellen und muss spätestens am letzten Werktag vor Beginn des Semesters, für das die Befreiung beantragt wird, beim Studentenwerk Leipzig eingegangen sein. Dem Antrag ist im Falle eines Auslandsaufenthaltes eine offizielle Bestätigung aus dem Ausland über den dortigen Aufenthalt beizufügen. Entsprechendes gilt für die Abwesenheit vom Studienstandort Leipzig innerhalb Deutschlands. Im Falle der Genehmigung stellt das Studentenwerk Leipzig den antragstellenden Studierenden eine Bescheinigung aus und unterrichtet die Bildungseinrichtung über die Befreiung von der Beitragspflicht.

(3) Im Falle einer Exmatrikulation oder Rücknahme der Immatrikulation kann das Studentenwerk Leipzig auf Antrag den Beitrag erstatten. Der Antrag auf Rückzahlung ist schriftlich auf dem vorgegebenen Antragsformular zu stellen und muss spätestens vor Vorlesungsbeginn des jeweiligen Semesters beim Studentenwerk Leipzig eingegangen sein. Dem Antrag ist die Exmatrikulationsbescheinigung der Hochschule beziehungsweise die Bescheinigung der Hochschule über den Verzicht auf den Studienplatz beizufügen.

§ 4 Deutschlandsemesterticket

Von den Studierenden der Universität Leipzig, der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig, der Berufsakademie Sachsen Staatliche Studienakademie Leipzig, der IBA Internationale Berufsakademie der F+U Unternehmensgruppe gGmbH Studienort Leipzig, der Hochschule für Musik und Theater Leipzig, der Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig und der HHL Leipzig Graduate School of Management wird im Sommersemester 2024 zusätzlich für ein vollsolidarisches Deutschlandsemesterticket ein Betrag in Höhe von 176,40 Euro erhoben.

§ 5 Inkrafttreten

Diese Beitragsordnung tritt mit Wirkung zum Sommersemester 2024 nach Veröffentlichung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft. Gleichzeitig tritt die Beitragsordnung vom 3. August 2022 außer Kraft.

Leipzig, den 13. Dezember 2023

Studentenwerk Leipzig
Dr. Diekhof
Geschäftsführerin

Gerichte

Aufgebotsverfahren

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 II 43/23

In dem Aufgebotsverfahren mit dem vorgenannten Aktenzeichen ist am 28. November 2023 folgendes Aufgebot veröffentlicht:

Frau Barbara Meier, Abraham-Werner-Straße 22, 09117 Chemnitz, hat das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE62 8705 0000 3100 4048 73, ausgestellt

von der Sparkasse Chemnitz, Bahnhofstraße 51, 09111 Chemnitz, auf den Namen Barbara Meier, zuletzt wohnhaft Abraham-Werner-Straße 22, 09117 Chemnitz, beantragt. Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, bis spätestens zum 28. Februar 2024 seine Rechte schriftlich beim Amtsgericht Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz, anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Chemnitz, den 4. Dezember 2023

Amtsgericht Chemnitz
Abo-Rady
Rechtspflegerin

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 II 42/23

In dem Aufgebotsverfahren zur Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE74 8705 0000 3110 5926 64, ausgestellt von der Sparkasse Chemnitz, Bahnhofstraße 51 in 09111 Chemnitz, auf den Namen Marion Mothes, zuletzt wohnhaft Paul-Bertz-Straße 58, 09120 Chemnitz, wird der Ausschluss-

beschluss vom 28. November 2023 öffentlich zugestellt. Der Beschluss kann in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz im Zimmer 2.121 eingesehen werden. Mit dieser öffentlichen Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Chemnitz, den 4. Dezember 2023

Amtsgericht Chemnitz
Abo-Rady
Rechtspflegerin

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 II 43/23

In dem Aufgebotsverfahren zur Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE87 8705 0000 3349 0088 27, ausgestellt von der Sparkasse Chemnitz, Bahnhofstraße 51 in 09111 Chemnitz, auf den Namen Barbara Meier, zuletzt wohnhaft Abraham-Werner-Straße 22, 09117 Chemnitz, wird der Aus-

schlussbeschluss vom 28. November 2023 öffentlich zugestellt. Der Beschluss kann in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz im Zimmer 2.121 eingesehen werden. Mit dieser öffentlichen Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Chemnitz, den 4. Dezember 2023

Amtsgericht Chemnitz
Abo-Rady
Rechtspflegerin

Stellenausschreibungen

Die **Stadt Brandis** sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen

**qualifizierten Fachdienstleiter
Kita/Schule/Jugend/Kultur (m/w/d)**

Das erwartet Sie:

- Aufgaben für die kommunalen und in freier Trägerschaft befindlichen Kindertagesstätten, die beiden Grundschulen, die Oberschule, das Gymnasium sowie die Bibliothek verantwortlich bearbeiten
- Vergabeverfahren, Fördermittelverfahren und Betriebskostenabrechnungen im Bereich der Kindertagesstätten- und Schulträgerangelegenheiten durchführen (exklusive der Gebäude- und Liegenschaftsverwaltung)
- Kinder- und Jugendarbeit in der Stadt Brandis betreuen
- Heimat- und Kulturpflege betreuen, öffentliche Veranstaltungen organisieren
- Kultur-, Sport- und Sozialförderung bearbeiten
- Mitarbeit in Projekten der Stadt Brandis

Das Aufgabengebiet ist nicht abschließend und kann bei Bedarf verändert werden.

Das bringen Sie mit:

- abgeschlossenes Studium als Diplom-Verwaltungswirt (m/w/d) beziehungsweise Bachelor of Arts Public Management oder einen Abschluss im gehobenen nicht-technischen Verwaltungsdienst (Verwaltungsfachwirt, Angestelltenlehrgang II) oder eine adäquate Ausbildung
- gründliche, umfassende Fachkenntnisse in den Aufgabengebieten
- umfassende, mehrjährige Verwaltungserfahrung sowie Erfahrung in der Leitung und Führung von Mitarbeitern

Wir wünschen uns von Ihnen:

- verantwortungsbewusste, kompetente, zielorientierte und aufgeschlossene Mitarbeiterführung
- Einfühlungs- und Durchsetzungsvermögen mit Fach- und Sozialkompetenz
- persönliches Engagement, aber auch ausgeprägte Entscheidungsfähigkeit, Teamarbeit, Loyalität und Integrität
- Bereitschaft zur Teilnahme an Veranstaltungen und Terminen außerhalb der Arbeitszeit
- Begeisterung für die Stadt Brandis

Das bieten wir:

- eine unbefristete Vollzeitbeschäftigung (39 Wochenstunden)
- tarifgerechte Vergütung nach TVöD-VKA
- betriebliche Altersversorgung
- zusätzliche leistungsorientierte Bezahlung sowie eine Jahressonderzahlung

- eine abwechslungsreiche und verantwortungsvolle Tätigkeit
- 30 Tage Urlaub im Jahr
- vielfältige Weiterbildungsmöglichkeiten
- einen Arbeitsplatz in einer dynamischen Stadt mit starken Wurzeln, mit einer hohen Lebens- und Wohnqualität, die sich in unmittelbarer Nähe zur angrenzenden Metropole Leipzig befindet

Wenn Sie die Anforderungen erfüllen, dann freuen wir uns über Ihre Bewerbung. Ihrem Bewerbungsanschreiben fügen Sie bitte einen aktuellen Lebenslauf, den Nachweis über Ihre Schulbildung, in der Ausschreibung geforderte Qualifikationsnachweise (Abschlusszeugnis über den Ausbildungsberuf und der Berufsschule, Nachweis über den Studienabschluss eines Grund- und gegebenenfalls Aufbaustudiums) sowie Kopien von qualifizierten Dienst-/Arbeitszeugnissen/Beurteilungen, die nicht älter als drei Jahre sein sollten sowie die unterschriebene Datenschutzerklärung (zum Download auf <https://stadt-brandis.de/stellenangebote/>) bei. Bitte reichen Sie diese Unterlagen vollständig und in Kopie ein.

Bitte beachten Sie, dass wir unsere Stellen nur nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung besetzen dürfen. Wir können Sie daher im weiteren Verfahren nur dann berücksichtigen, wenn Sie uns Nachweise hierüber vorlegen.

Ihre Bewerbung senden Sie bitte bevorzugt per E-Mail in einer PDF-Datei an:

verwaltung@stadt-brandis.de

oder unter Angabe einer E-Mail-Adresse an: Stadt Brandis, Hauptverwaltung, Markt 1–3, 04821 Brandis.

Sofern nicht in der Person liegende Gründe überwiegen, werden bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung schwerbehinderte oder gleichgestellte Menschen nach Maßgabe des Neunten Buches Sozialgesetzbuch besonders berücksichtigt. Der entsprechende Nachweis ist der Bewerbung in Kopie beizufügen.

Bewerbungsschluss ist der 31. Januar 2024

Für Fragen zur Ausschreibung steht Ihnen als Ansprechpartnerin Frau Berger unter 034292 65522 oder per E-Mail berger@stadt-brandis.de gern zur Verfügung.

Hinweis: Bewerbungskosten werden nicht erstattet. Die Bewerbungsunterlagen werden nur zurückgesandt, wenn ein ausreichend frankierter Rückumschlag beigelegt ist. Andernfalls werden die Unterlagen nach Ablauf eines halben Jahres, ab Ende der Ausschreibung, vernichtet. Wir versenden keine Eingangsbestätigung für Bewerbungen, bestätigen Ihnen den Eingang aber gern telefonisch.